

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die Klein-  
zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

33. Jahrgang.

**Nr. 113.**

Sonnabend, den 25. September

**1886.**

Im Monat August cr. betrogen die im Hauptmarktorthe Zwickau für den Lieferungsverband der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft maßgebenden Durchschnittspreise für Fourtagartitel

7 M. 25 Pf. für 50 No. Hafer,  
3 = 25 = = 50 = Weizen  
2 = 50 = = 50 = Stroh.

Anordnungsgemäß wird Solches zur öffentlichen Kenntniß gebracht.  
Schwarzenberg, am 20. September 1886.

**Königliche Amtshauptmannschaft.**

Führ. von Wirfung.

St.

Der Fleischer **Moritz Friedrich Böhlend**, zuletzt hier aufhältlich gewesen, wird beschuldigt, — als beurlaubter Reservist — ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein.

Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.  
Derselbe wird auf

**den 3. November 1886, Vormittags 9 Uhr**

vor das königliche Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem königlichen Landwehr-Bezirks-Kommando zu Schneeberg ausgefertigten Erklärung verurtheilt werden.

Eibenstock, den 18. September 1886.

**Der königliche Amtsanwalt.**

Hauker.

**Montag, den 27. ds. Ms., Nachm. 3 Uhr**

sollen im hiesigen Rathhaussaale zwei fast neue **Rohrstühle** gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Eibenstock, am 24. September 1886.

**Glaeser**, Vollstreckungsbeamter.

### Die Revolte in Madrid

ist beendet, die aufständischen Soldaten sind getödtet oder gefangen worden, die „Ruhe“ der spanischen Hauptstadt ist wiederhergestellt. Indessen der neueste Madrider Putsch war nur eine der Blasen, welche von Zeit zu Zeit aus dem brodelnden politischen Herd des beständig von Revolutionen bedrohten Landes aufsteigen — die Blase ist zerplatzt, aber im Innern der Volksmasse gährt es weiter und neue Putsche sind zu erwarten.

Das Bibelwort „Wehe dem Lande, dessen König ein Kind ist“, trifft auf Spanien zu. König Alfons der Zwölfte, der Sohn Isabellas, hat frühzeitig ins Grab steigen müssen; sein nachgeborener Sohn, der symbolisch die Krone des Landes trägt, ist erst ein halbes Jahr alt und die königliche Witwe, welche die Regentschaft führt, ist der Last und der Verantwortlichkeit, welche die Regentenspflichten ihr auferlegen, kaum gewachsen. Ihre Stellung in Spanien ist eine geradezu bedauernswürthe. Umtozt von dem nimmer rastenden Kampfe der politischen Parteien, von denen immer eine die andere bei der Führung des Staatsruders ablöst, hat die Königin-Regentin beständig mit dem Mißtrauen zu ringen, das man ihr, der Fremden, der österreichischen Prinzessin, entgegenbringt. Auch durch die Familie ihres verstorbenen Gatten bleibt ihr keine Kränkung erspart. Hatten doch die Exkönigin Isabella sowohl, wie der Herzog von Montpensier gehofft, bei der Thronerledigung mit der Regentschaft betraut zu werden, und jetzt ist ihnen die „Fremde“ im Wege. Dahinzu kommt noch, daß die republikanische Partei des Landes lecker wie je das Haupt erhebt und einer ihrer Führer, Salmeron, noch kürzlich in einer öffentlichen Rede die Revolution als des „Volkes heiliges Recht“ bezeichnet hat. Ebenso fordern die Agitationen der Karlisten beständig die angestrengte Aufmerksamkeit der Regierung heraus, während allerdings, was nicht geleugnet werden kann, der größere Theil des Volkes und des Heeres den Bestand der jetzigen Monarchie und Regentschaft als einzige Bürgschaft für den inneren Frieden des Landes betrachtet.

Aber diese augenblicklich noch dem Bestehenden günstige Stimmung kann sehr bald umschlagen. Volksgunst ist wankend und was die spanische Armee betrifft, so beschäftigt sich dieselbe viel zu viel mit Politik, als daß sie wirklich eine Stütze des Thrones darstellen könnte. Seit den Zeiten der Königin Christine sind die Militär-Revoluten in Spanien fast zu einer nationalen Besonderheit des Landes geworden. Es fehlt daselbst an einer Autorität, die allen imponirt, und so kommt es, daß nur zu viele Generale den Offizieren und Mannschaften gegenüber an Stelle dieser mangelnden allgemeinen Autorität ihre eigene Person setzen. Der eine General schlägt sich zu dieser, der andere zu jener Partei und die Stärke der letzteren richtet sich nicht nach der Zahl ihrer Vertreter in der Deputirtenkammer, sondern nach der der Generale, die zu ihnen halten.

Unter diesen Umständen würde man es erklärlich finden, wenn die Regentin ihre Würde niederlegte und sich nach Oesterreich in den Schoß ihrer Familie zurückzöge. Indessen eine Fürstin hat anderen Rück-

sichten zu gehorchen, als gewöhnliche Menschenkinder. Und die Königin-Regentin betrachtet es als ihre Aufgabe, dem Lande, zu dessen Regierung sie nun einmal berufen ist, ihre Dienste unentwegt zu weihen und ihrem Sohne, der noch in der Wiege liegt, die Krone zu erhalten. Ob der bedauernswürthen Königin die Durchführung dieser Aufgabe gelingen wird? Ob sie noch fünfzehn Jahre hindurch den verstockten Anfeindungen seitens der Familie ihres dahingegangenen Gatten Stand halten, noch so lange Zeit die Herrin der Situation inmitten des tobenden Parteikampfes bleiben, ob sie den Wählerleuten und Putschern der Republikaner und Karlisten erfolgreich widerstehen können? Das vermag Niemand zu sagen; aber wahrscheinlich ist es keinesfalls. Erschwert wird die Lage der Regentin durch den Umstand, daß sie Niemand von ihren direkten Angehörigen in ihrer Nähe hat, damit der Eiferjucht der Spanier betreffs fremder Einflüsse keine Nahrung gegeben wird.

Der jetzige liberale Ministerpräsident Sagasta hat die zahlreichen Reformversprechungen, die er bei seinem Amtsantritt gemacht, noch nicht zum kleinsten Theile erfüllt; daher stammt zum Theil wenigstens die Unzufriedenheit, die im neuesten Madrider Putsch zum Ausbruch gekommen ist.

### Tagesgeschichte.

— **Deutschland.** Die Auswechselung der Urkunden betr. den deutsch-spanischen Handelsvertrag hat bereits am Montag in Madrid stattgefunden. Der mit der Unterschrift des Kaisers versehene Vertrag muß daher schon vorher in Madrid gewesen sein und ist mit der Uebergabe nur so lange gemartet worden, bis aus Berlin die telegraphische Meldung eintraf, daß der Reichstag in dritter Lesung dem Vertrage zugestimmt habe.

— **Amberg.** Ebenso wie die großen preussischen Gewehrfabriken zu Spandau, Erfurt und Danzig ist auch unsere hiesige Gewehrfabrik mit der Anfertigung der Repetirgewehre für die bayerische Armee stark beschäftigt. Nachdem dem „A. L.“ zufolge bereits vor längerer Zeit die nöthige Vergrößerung der Arbeitsräume vorgenommen und eine Anzahl neuer Maschinen aufgestellt worden ist, ist auch der Stand der Arbeiter nahezu auf 600 erhöht, welche Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehrt werden dürfte, und es wird dem Vernehmen nach in Wälde auch Nachtarbeit eingeführt werden. Zu erwähnen ist noch, daß das bisher auf der Schießstätte befindliche Anschußlokal auf den Garnisonsschießplatz verlegt und daselbst ein neues Anschußgebäude mit telephonischer Verbindung zu den Scheiben errichtet wurde. Behufs Erleichterung des Transportes der Gewehre wurde auch eine neue Straße angelegt. Zum Anschusse der neuen Gewehre wurden Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des 1. 6. Infanterieregiments kommandirt.

— **Oesterreich.** Das Wiener „Fremdenbl.“ erörtert die Kundgebungen ungarischer Parlamentarier in der bulgarischen Frage. Dieselben seien insofern beachtenswerth, als sie dem Gefühle banger Erwartung Ausdruck gäben, welches nahezu

ganz Europa, auch die ungarischen politischen Kreise ergriffen hätte. Es könne indeß nicht dringend genug empfohlen werden, das Verhältniß zu Deutschland, welches bereits in den Völkern feste Wurzel geschlagen habe, vor einer Behandlung zu bewahren, die das Verständniß des Wertes dieses Verhältnisses beeinträchtigen müßte. Es sei schwierig, heute, ohne in die Ereignisse der letzten Jahre eingeweiht zu sein, zu beurtheilen, welche Dienste der Friedenserhaltung das Bündniß mit Deutschland bereits geleistet habe. Diese naturgemäße Bundesgenossenschaft sei heute die allein denkbare und dauerhafte, die einzige, von der zu erwarten sei, daß sie den Reichsinteressen Oesterreich-Ungarns gerecht werde. Durch Verletzung der Reichsinteressen würde die Kraft der Allianz, die in ihr vereinte Macht und ihr politisches Gewicht eine Beeinträchtigung erleiden, welche nicht ohne Rückwirkung auf die großen Ziele des mächtigen Friedensbündnisses bleiben könnte. Es sei zu hoffen, daß gerade in dieser Richtung die Beantwortung der Interpellationen Gelegenheit bieten werde, die Besorgnisse, durch welche sie veranlaßt worden, zu verschweigen oder doch auf das richtige Maß zurückzuführen. Wo es sich um die Pflicht handle, das Interesse der Monarchie vor einer Verletzung zu wahren, würde eine befriedigende Erklärung nicht fehlen. Uebrigens sei bisher von allen Mächten in Bulgarien volle Freiheit der nationalen Aktion gewahrt und anzunehmen, daß Rußland seinen Triumph über den Fürsten Alexander nur unter Achtung des internationalen Rechtes ausnützen werde.

— In Bulgarien ist die russische Aktion von Deutschland bisher soweit unterstützt worden, daß sich letzteres auch der Einsprache gegen die vorschnelle Urtheilung der Verschwörer angeschlossen hat, und einem Telegramm der „Frkf. Bzg.“ zufolge soll auch Oesterreich diesen Schritt unterstützt haben, woraus von Neuem die Einseitigkeit zwischen Oesterreich und Deutschland sich ergeben würde. Die bulgarische Regierung soll dagegen, wenn dem „Standard“ zu glauben ist, ihren Rücktritt in Aussicht gestellt haben, weil Rußland und Deutschland durch Beschützung der Verschwörer das Regieren unmöglich machten. Diese Nachricht scheint jedoch eine schlechte Kenntniß der unter den bulgarischen Politikern vorherrschenden Charakterzüge zu verrathen. So lange die Regenten und Minister sich irgendwie halten können, werden dieselben gewiß nicht um solcher Dinge willen das Regieren aufgeben. Die Regierung ist allerdings in einer üblen Lage, da die Offiziere, welche die tatsächliche Gewalt in den Händen haben, die Verurtheilung der Verschwörer und namentlich die alsbaldige Erschießung von Gruew und Benderow mit Ungestüm verlangen. Der russische Generalkonsul Kelludow soll hiegegen aufs Entschiedenste Verwahrung eingelegt und erklärt haben, er werde mit dem gesammten Personal sämtlicher russischer Konsulate in Bulgarien das Land verlassen, falls vor Ankunft des Generalmajors Kaulbars eine Verurtheilung der beiden angebeschuldigten Offiziere erfolge. Wenn schon diese Angelegenheit die Lage verwickelt, so wird der demnächstige Zusammentritt der großen Sobranje (10. Oktober) vielleicht noch weit größere Verlegenheiten bereiten. Es scheint, daß in